



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

**zu 4.1 Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018
Vorlage: VII/2019/00602**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2020 mit dem Haushaltsplan 2020.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2018 zur Kenntnis.

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

**zu 4.1.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018" (VII/2019/00602)
Vorlage: VII/2020/00821**

Abstimmungsergebnis:

Einzelpunktabstimmung

Punkte 1 - 3	keine Abstimmung wegen nicht Zuständigkeit
Punkt 4	mehrheitlich abgelehnt
Punkte 5 – 7	keine Abstimmung wegen nicht Zuständigkeit
Punkt 8	mehrheitlich abgelehnt
Punkte 9 – 30	keine Abstimmung wegen nicht Zuständigkeit

Beschlussvorschlag:

1. Das Projekt „Kunsthalle Halle“ erhält im Haushaltsjahr keine Förderung aus dem Produkt 1.28102 Pflege von Kunst und Kultur.
2. Im Produkt 1.25104 Halloren- und Salinemuseum wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 90.000 Euro vermindert.
3. Im Produkt 1.12207 Verkehrsangelegenheiten wird der Ansatz bei den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten entsprechend dem Rechnungsergebnis 2018 um 50.000 Euro erhöht.



4. Der Ansatz der sonstigen ordentlichen Aufwendungen im Produkt 1.52201 Daten- und Bauaktenverwaltung wird um 200.000 Euro gemindert. Auf die Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels wird verzichtet.
5. Im Produkt 1.11171 Liegenschaften werden aufgrund der voraussichtlichen Nichtfertigstellung der Sanierung der Scheibe A als neuer Verwaltungsstandort in 2020 die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um 185.500 Euro verringert.
6. Im Produkt 1.31210 Leistungen für Unterkunft/Heizung nach § 22 SGB II wird der Ansatz sonstige ordentliche Aufwendungen entsprechend der Darstellungen in der
7. Beschlussvorlage VII/2019/00638 zu den voraussichtlichen Aufwendungen im Jahr 2019 um 3.500.000 Euro reduziert.
8. Im Produkt 1.23101 Berufsbildende Schulen wird der Ansatz bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten, Kostenerstattungen und Kostenumlagen aufgrund der festgestellten Erstattungsmöglichkeit für Sachkosten für Berufsschüler*innen durch das Land Sachsen-Anhalt (vgl. Darstellung in der Beschlussvorlage VII/2019/00638) um 75.000 Euro erhöht.
9. Im Produkt 1.51107 Kommunale Verkehrsplanung wird der Ansatz für sonstige ordentliche Aufwendungen um 50.000 Euro reduziert. Auf eine Linienbestimmung für einen künftigen zusätzlichen nördlichen Saaleübergang für den motorisierten Individualverkehr wird verzichtet.
10. Im Haushaltsplan wird entsprechend des Stadtratsbeschlusses zu Antrag VI/2019/05095 ab 2020 ein neues Produkt „Ausstellungsvergütung bildende Künstler*innen“ mit Aufwendungen in Höhe von 10.000 Euro aufgenommen.
11. Im Haushaltsplan wird entsprechend dem Vorschlag der Stadtverwaltung in der Beschlussvorlage „Freiraumkonzept der Stadt Halle (Saale) 2019“ VII/2019/00017 zur Umsetzung des Konzeptes ab 2020 ein neues Produkt „Freiraumagentur“ mit Aufwendungen in Höhe von 55.000 Euro aufgenommen.
12. Im Stellenplan werden 1 VZS Bibliothekspädagoge/in (Entgeltgruppe 9 b) und 1 VZS Bibliotheksangestellte/-r (Entgeltgruppe E7) entgegen dem Vorschlag im Haushaltsentwurf vom 27.11.2019 nicht gestrichen. Entsprechend wird im Produkt 1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen die vorgeschlagene globale Minderung bei den Personalaufwendungen um 110.000 Euro angepasst.
13. Im Stellenplan werden 2 VZS Musikschullehrer/-in (Entgeltgruppe 9 b) und 1 VZS Sachbearbeiter/-in Service Außenstelle (Entgeltgruppe 6) entgegen dem Vorschlag im Haushaltsentwurf vom 27.11.2019 nicht gestrichen. Entsprechend wird im Produkt 1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen die vorgeschlagene globale Minderung bei den Personalaufwendungen um 165.000 Euro angepasst.
14. Im Produkt 1.25101 Stadtmuseum werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 90.000 Euro erhöht.
15. Im Produkt 1.56141 Klimaschutz werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 77.000 Euro entsprechend des im Rahmen der Beschlussvorlage „Fortschreibung des integrierten kommunalen



16. Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)“ VII/2019/00405 vorgeschlagenen Budgets für die Förderrichtlinie „Begrünung und Entsiegelung“ erhöht.
17. Im Produkt 1.56141 Klimaschutz werden die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 10.000 Euro entsprechend des Stadtratsbeschlusses zu Antrag VI/2019/04991 (Förderprogramm Anschaffung Lastenräder) und des gleichzeitig im Rahmen der Beschlussvorlage „Fortschreibung des integrierten kommunalen Klimaschutzkonzeptes der Stadt Halle (Saale)“ VII/2019/00405 vorgeschlagenen Budgets für ein Pilotprojekt die Förderrichtlinie „Pilotprojekt Lastenfahrräder/City Logistik“ erhöht.
18. Im Produkt 1.55101 Grünflächen und Parkanlagen wird der Ansatz für Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 350.000 Euro für Unterhaltungsaufwendungen und zur Beseitigung der durch Hitze und Trockenheit verursachten Schäden in 2018 und 2019 erhöht.
19. Angesichts der weiterhin nicht vorliegenden Grünflächenpflegekonzeption werden im Stellenplan 1 VZS Meister/-in Berufsausbildung (Entgeltgruppe 9a), 1 VZS Gärtner/-in Maschinist/-in (Entgeltgruppe 5) und 1 VZS Gärtner/-in Grünflächen (Entgeltgruppe 5) entgegen dem Vorschlag im Haushaltsentwurf vom 27.11.2019 nicht gestrichen. Entsprechend wird im Produkt 1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen die vorgeschlagene globale Minderung bei den Personalaufwendungen um 165.000 Euro angepasst.
20. Vor dem Hintergrund erheblich gestiegenen Schüler*innenzahlen im Schuljahr 2019/20 werden im Stellenplan des Fachbereiches Bildung 7,5 VZS Schulsekretär/-in (Entgeltgruppe E5) zusätzlich geschaffen. Dafür werden Mittel unter Personalaufwendungen in Höhe von 412.500 Euro eingestellt.
21. Im Haushaltsplan wird entsprechend des Stadtratsbeschlusses „Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)“ VII/2019/00169 ab 2020 ein neues Produkt „Jugendparlament“ mit Personalaufwendungen in Höhe von 55.000 Euro für 1 VZS pädagogische Betreuung Jugendparlament (S 11B) und Sachaufwendungen in Höhe von 10.000 Euro aufgenommen.
22. Zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses „Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Jugendparlaments in Halle (Saale)“ VII/2019/00169 wird im Stellenplan 0,5 VZS Sachbearbeiter/-in Ratsangelegenheiten (Entgeltgruppe E9a) zusätzlich geschaffen. Im Produkt 1.11101 Steuerung der Kommune werden die Personalaufwendungen um 27.500 Euro erhöht.
23. Im Stellenplan wird 1 VZS Sozialarbeiter/-in Streetwork (Entgeltgruppe S12) nicht gestrichen. Entsprechend wird im Produkt 1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen die vorgeschlagene globale Minderung bei den Personalaufwendungen um 55.000 Euro angepasst.
24. Im Produkt 1.36301 Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 100.000 Euro erhöht.



25. Im Produkt 1.36302 Förderung der Erziehung in der Familie wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 200.000 Euro erhöht.
26. Im Stellenplan werden 1 VZS Familiencoach (S11B), 1 VZS Koordinator/-in Neugeborenenbegrüßung (S11B) und 1 VZS Sozialarbeiter/-in Elternberatung (S11B) entgegen dem Vorschlag im Haushaltsentwurf vom 27.11.2019 nicht
27. gestrichen. Entsprechend wird im Produkt 1.11112 Übergreifende Personalmaßnahmen die vorgeschlagene globale Minderung bei den Personalaufwendungen um 165.000 Euro angepasst.
28. Im Produkt 1.41431 Suchtberatungsstellen wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 150.000 Euro erhöht.
29. Im Produkt 1.42101 Sportförderung wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 300.000 Euro erhöht.
30. Im Produkt 1.12213 Tierheim wird der Ansatz für sonstige ordentliche Aufwendungen um 65.000 Euro erhöht.
31. Im Produkt 1.57306 öffentliche Toiletten wird der Ansatz für sonstige ordentliche Aufwendungen um 180.000 Euro erhöht.
32. Im Produkt 1.33101 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege wird der Ansatz für Transferaufwendungen um 200.000 Euro erhöht.
33. Der Planansatz 2020 für Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken, Gebäuden und Infrastrukturvermögen (PSP 8.11171003.770) in Höhe von 4.178.400 Euro wird auf 0 reduziert. Projekte des Investitionsprogramms 2020, die mit diesen Mitteln finanziert werden sollten, über entsprechende Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen finanziert.

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

**zu 4.1.2 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Vorlage-Nr.: VII/2019/00602 - Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2020 sowie den Beteiligungsbericht 2018, hier Produkt 1.54101 Gemeindestraßen
Vorlage: VII/2020/00826**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Im Haushaltsplan 2020 wird im Produkt 1.54101 Gemeindestraßen der Haushaltsansatz in Zeile 12 für das Jahr 2020 um 500.000 Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus den durch die Verwaltung prognostizierten globalen Minderausgaben im Bereich der jährlichen Personalaufwendungen. Die globale Minderausgabe wird im Ansatz in 2020 um 500.000 Euro erhöht. Um diesen Betrag werden die Personalaufwendungen im Gesamtergebnisplan und die Personalauszahlungen im Gesamtfinanzplan gemindert.

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

**zu 4.2 Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale)
 für den Zeitraum 2019 bis 2023
 Vorlage: VI/2019/05051**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2019 bis 2023 zu.

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

zu 4.2.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2019 bis 2023" (VI/2019/05051)
Vorlage: VII/2020/00823**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

„Der Stadtrat stimmt dem vorgelegten Umsetzungsplan zur Radverkehrskonzeption der Stadt Halle (Saale) für den Zeitraum 2019 bis 2023 zu. **Zu allen Maßnahmen, die bisher finanziell und zeitlich nicht untersetzt sind, legt die Stadtverwaltung dem Stadtrat bis April 2020 einen Finanzierungs- und zeitlichen Umsetzungsplan zur Beschlussfassung vor.**“

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

**zu 4.3 Bebauungsplan Nr. 192 Reideburg, Wohnbebauung an der Riesaer Straße - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VII/2019/00030**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den Bebauungsplan Nr. 192 „Reideburg, Wohnbebauung an der Riesaer Straße“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 0,69 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

zu 4.3.1 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum "Bebauungsplan Nr. 192 Reideburg, Wohnbebauung an der Riesaer Straße - Aufstellungsbeschluss" (VII/2019/00030)**
Vorlage: VII/2020/00824

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Beschlusspunkt 2 wird ergänzt und erhält folgende Fassung:

„Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 0,69 ha. **Der davon für Wohnbebauung vorgesehene Bereich wird auf die südliche, bisher als Grünland genutzte Fläche begrenzt. Die nördlich davon gelegene Brachfläche mit Baumbeständen und Gehölzstrukturen bleibt unbebaut.**“

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

zu 4.4 **Tourismuskonzept Stadt Halle (Saale) und Region** Vorlage: VII/2019/00733

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des Oberbürgermeisters als gesetzlicher Vertreter der Gesellschafterin Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 9. Dezember 2019 zu folgendem Beschluss:

Das Tourismuskonzept Stadt Halle (Saale) und Region wird in der vorgelegten Fassung bestätigt und das Gutachten der BTE – Tourismus- und Regionalberatung Partnerschaftsgesellschaft mbB wird dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben.

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

**zu 4.5 Baubeschluss EFRE- Radweg Waldstraße zwischen der Nordstraße und der Agnes-Gosche-Straße
Vorlage: VII/2019/00113**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den Ausbau einer Radwegeverbindung im Zuge der Waldstraße zwischen der Nordstraße und der Agnes-Gosche-Straße auf einer Länge von ca. 1.635 m unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Fördermitteln im Rahmen der Förderung nachhaltiger Mobilität, Teilaktion Radwege des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

**zu 4.6 Baubeschluss zur Fluthilfemaßnahme Nr. 115 – Wiederherstellung des Glauchaer Platzes und zusätzlicher Rechtsabbieger aus der Glauchaer Straße
Vorlage: VII/2019/00079**

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme Nr. 115 – Glauchaer Platz entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

**zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur
Anschaffung mobiler Fahrradabstellanlagen
Vorlage: VII/2019/00562**

Abstimmungsergebnis:

mit Patt abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Halle (Saale) beschafft in geeignetem Umfang mobile Radabstellanlagen. Diese sollen für die kurzfristige Entlastung der Fahrradparksituation am Hauptbahnhof eingesetzt werden und langfristig den gegenwärtigen Mangel an Fahrradabstellmöglichkeiten bei öffentlichen Großveranstaltungen beseitigen helfen.

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin



Stadt Halle (Saale)

12.01.2022

A u s z u g

aus der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Planungsangelegenheiten vom 14.01.2020:

zu 5.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur besseren sozialen Durchmischung in Stadtgebieten mit überdurchschnittlich hohen Mieten
Vorlage: VII/2019/00589

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt zu prüfen, welche Strategien geeignet sind, um die soziale Durchmischung in Stadtteilen mit überdurchschnittlich hohen Mieten und einem unterdurchschnittlichen Anteil an Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern zu verbessern. Geprüft werden soll dabei insbesondere die Anwendbarkeit der Staffelung der Sätze für die Kosten der Unterkunft (KdU) nach dem Vorbild der Städte Heidelberg und Bremen. Das Prüfergebnis wird im Februar 2020 im Hauptausschuss sowie im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss vorgestellt.

F.d.R.

Jenny Falke
Protokollführerin